



Wortprotokoll der 66. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 18. November 2020, 14:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101

Vorsitz: Gyde Jensen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 6

Öffentliche Anhörung zum Thema:
Lage der Menschenrechte in China



Geladene Sachverständige

Prof. Dr. Dr. h.c. Mechthild Leutner

Professorin (Emerita) für Staat, Gesellschaft und Kultur des modernen China im Fach Sinologie am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin

Wenzel Michalski

Direktor Human Rights Watch Deutschland

Kai Müller

Geschäftsführer International Campaign for Tibet e.V.

Eva Pils

Professorin an der School of Law des King's College London

Sayragul Sauytbay

Ehemalige Beamtin der Volksrepublik China und Whistleblowerin

Dr. Adrian Zenz

European School of Culture and Theology

Lea Zhou

Freie Journalistin, Berlin



Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe „Lage der Menschenrechte in China“

Menschenrechtsverletzungen an Minderheiten

1. Welche Ziele verfolgt die aktuelle chinesische Führung mit ihrer brutalen Politik der Verfolgung und der „Sinisierung“ gegenüber Tibetern, Uiguren, Christen und anderen Volksgruppen und welche Auswirkungen hat dies auf die Rechte der betroffenen Gruppen, insbesondere mit Blick auf den Schutz von Sprache, Religion, Lebensweise und Traditionen? (CDU/CSU)
2. Wie schätzen Sie die Situation in den chinesischen Internierungslagern in Xinjiang ein und wie sind die Behauptungen der chinesischen Regierung zu bewerten, dass die „Umerziehungslager“ geschlossen worden seien? (SPD)
3. Wie ist die Situation turkstämmiger Muslime außerhalb der Lager? Gibt es Einschränkungen oder Repressionen durch die chinesische Regierung und wenn ja, welcher Art? (SPD)
4. Welche Kenntnisse haben Sie zur systematischen Inhaftierung von Minderheiten in China und den vorherrschenden Haftbedingungen? Welche Arten von Menschenrechtsverletzungen sind Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt? (FDP)
5. Welche Kenntnisse haben Sie zu dem Ausbau des chinesischen Überwachungsstaates mit dem Zweck, chinesische Minderheiten gezielt zu unterdrücken? Welche Kenntnisse oder Erfahrungen haben Sie über verschiedene Praktiken zur Überwachung von Minderheiten in China? (FDP)

Lage und Entwicklung der Menschenrechtssituation

6. Halten Sie die Kommunistische Partei Chinas für soweit reformfähig, bezüglich der Menschenrechte – Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Selbstbestimmung – einen liberaleren Kurs einzuschlagen? (AfD)
7. Wie ist die Lage der Menschenrechtsverteidiger*innen in Festlandchina und in Hong Kong, wie wirkt sich die Verfolgung der Menschenrechtsverteidiger*innen auf die Möglichkeiten der Menschenrechtsarbeit zu China national, regional und international, insbesondere in Regionen wie Xinjiang und Tibet aus und wie prägt diese Verfolgung und die Menschenrechtssituation in China allgemein zivilgesellschaftliche und rechtliche Entwicklungen in China selbst? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Reaktionen auf Menschenrechtsverletzungen und Einfluss auf bilaterale und multilaterale
Beziehungen

8. Welche Informationen haben Sie zur Qualität und Quantität der Zwangs- und Umerziehungslager im chinesischen politischen und wirtschaftlichen System, und welche konkreten Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft sind notwendig, um diese schweren Menschenrechtsverletzungen zu beenden? (CDU/CSU)
9. Ist die konsequente und öffentlichkeitswirksame Benennung von Menschenrechtsverletzungen durch die kommunistischen Machthaber Chinas das geeignete Mittel, sie zu einer Verhaltensänderung zu bewegen? (AfD)
10. Inwieweit bildet sich in der deutschen Politik gegenüber China das Spannungsfeld zwischen politischen, wirtschaftlichen und technologischen Interessen einerseits und den Menschenrechten andererseits ab und inwieweit führt dies zu einer Ungleichbehandlung Chinas im Verhältnis zu anderen Staaten? (DIE LINKE.)
11. Wie haben sich die diplomatischen und kulturellen Beziehungen zwischen China und Deutschland in den letzten Jahren entwickelt, an welchen konkreten Beispielen lässt sich eine Verschlechterung der Beziehungen festmachen und können gute diplomatische und kulturelle Beziehungen Ihrer Ansicht nach einen Beitrag zur Beförderung der Einhaltung der Menschenrechte in China leisten? (DIE LINKE.)
12. Welches Bild von Völkerrecht und Menschenrechten proklamiert die chinesische Regierung auf regionaler und internationaler Ebene, welche multilateralen Foren nutzt die chinesische Regierung zur Fortentwicklung und Verbreitung dieser Ansichten und welche Rolle spielt dabei die derzeitige Krise des Multilateralismus? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Brehm, Sebastian Heinrich (Chemnitz), Frank Patzelt, Martin Zimmer, Prof. Dr. Matthias	Brodesser, Dr. Carsten Damerow, Astrid Kuffer, Michael Leikert, Dr. Katja Motschmann, Elisabeth Schipanski, Tankred
SPD	Ortleb, Josephine Özoğuz, Aydan Schwabe, Frank	Castellucci, Prof. Dr. Lars Diaby, Dr. Karamba Heinrich, Gabriela
AfD	Braun, Jürgen Herdt, Waldemar	Friesen, Dr. Anton Frohnmaier, Markus
FDP	Heidt, Peter Jensen, Gyde	Köhler, Dr. Lukas Lambsdorff, Alexander Graf
DIE LINKE.	Brandt, Michel Nastic, Zaklin	Buchholz, Christine Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bause, Margarete Gehring, Kai	Amtsberg, Luise Polat, Filiz



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Lage der Menschenrechte in China

Die **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen stürmischen Zeiten möchte ich Sie trotzdem ganz herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung im Menschenrechtsausschuss begrüßen. Es geht heute um ein wichtiges Thema, das uns seit Jahren beschäftigt, und ich kläre einige Dinge vorab, die Sie natürlich heute vor allem zwischen den namentlichen Abstimmungen betreffen. Der Vorschlag ist der folgende: Wir sind jetzt am Ende der dritten namentlichen Abstimmung, die gleich geschlossen wird. Dann wird ein kurzer Zeitraum benötigt, um auszuzählen. Die Schätzungen, wann die letzte, vierte namentliche Abstimmung beginnen wird, gehen von in zehn Minuten bis ungefähr 15:40 Uhr.

Mein Vorschlag an Sie wäre der folgende: Wir beginnen jetzt die öffentliche Anhörung, unterbrechen dann die Sitzung für das Abstimmen im vierten namentlichen Abstimmungsdurchgang, gehen wieder zurück und machen dann weiter. Mein Vorschlag wäre auch, dass wir die Sachverständigen hier im Ausschusssaal und über die Video-Konferenz zunächst um ihre Statements bitten. Je nachdem, wann die vierte namentliche Abstimmung eröffnet wird, würden wir Statements zu Ende hören und dann vielleicht weiter in der Statement-Runde verfahren, nachdem wir wieder hier sind. Das, glaube ich, können wir ganz gut so aufteilen und darauf auch reagieren. Findet das das Vorgehen so Ihre Zustimmung? Da höre ich nichts Gegenteiliges. Vielen Dank. Dann möchte ich jetzt ganz offiziell diese öffentliche Anhörung eröffnen. Sie kennen die Regeln, auch für den Video-Zugang. Dort sind einige Kolleginnen und Kollegen und auch einige Sachverständige, die ich gleich noch vorstellen werde, zugeschaltet. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sein kann, dass die Verbindung vielleicht mal nicht ganz so stabil ist, je nachdem, wie viele Kolleginnen und Kollegen sich zuschalten. Wir versuchen das auch immer zeitnah zu lösen. Derzeit läuft alles so, wie vorgesehen. Ich begrüße ganz herzlich unsere eingeladenen Sachverständigen, in alphabetischer

Reihenfolge, und zwar zunächst Professor Dr. Dr. h.c. Mechthild Leutner, hier im Ausschusssaal anwesend. Professorin (Emerita) für Staat, Gesellschaft und Kultur des modernen China im Fach Sinologie am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin. Ich begrüße, zugeschaltet, Wenzel Michalski, den Direktor von Human Rights Watch Deutschland. Hier im Ausschusssaal anwesend, Kai Müller, den Geschäftsführer von International Campaign für Tibet e.V. Außerdem zugeschaltet, Eva Pils, die Professorin an der School of Law des King's College London. Hier bei uns im Ausschusssaal anwesend ist Sayragul Sauytbay, ehemalige Beamtin der Volksrepublik China und Whistleblowerin, die heute deutsch-chinesisch verdolmetscht wird über das Polycom-System. Dann begrüße ich Dr. Adrian Zenz, auch in der Konferenz zugeschaltet. Er ist von der European School of Culture and Theology. Und bei uns hier im Ausschusssaal ist Lea Zhou, freie Journalistin aus Berlin. Außerdem begrüßen möchte ich, wenn sie uns schon zugeschaltet ist, die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Frau Dr. Kofler, sowie weitere Mitglieder anderer Ausschüsse, dafür stellvertretend, weil ich sie gerade hier sehe, Frau Dr. De Ridder, die stellvertretende Vorsitzende im Auswärtigen Ausschuss ist und uns auch bei Chinapolitik immer sehr zur Seite gestanden hat, sowie die Kollegin Heike Hänsel von der Linken, die ich momentan noch nicht entdecken kann, aber die vielleicht noch zu uns stößt. Öffentliche Anhörung heißt auch, die Öffentlichkeit schaut zu, deswegen möchte ich Sie, liebe Damen und Herren, auch ganz herzlich begrüßen. Diese Sitzung wird live übertragen im Bundestagsfernsehen, ist aber auch später für Sie noch in der Mediathek des Bundestages und der Website des Bundestages abrufbar. Ich hatte schon gesagt, dass wir eine Verdolmetschung für unsere Sachverständige Frau Sauytbay zur Verfügung haben, von Chinesisch auf Deutsch und umgekehrt. Wer zugeschaltet ist, hört die Verdolmetschung entsprechend über das Polycom-System. Wie üblich bei öffentlichen Anhörungen möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse auch hier Rede- und Fragerecht haben, und höre an dieser Stelle auch keine gegenteilige Meinung. Dann haben wir das entsprechend auch beschlossen. Ich weise Sie



darauf hin, dass auch von dieser öffentlichen Anhörung ein Wortprotokoll angefertigt wird, das später auch auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Ich weise Sie außerdem darauf hin, dass draußen vor dem Ausschusssaal die Stellungnahmen der Sachverständigen, wenn sie eingewilligt haben, auch noch mal schriftlich zur Verfügung stehen und auch an alle Mitglieder der eingeladenen Ausschüsse vorab schon versandt wurden. Wir haben uns am 10. Oktober 2020 unter den Obleuten darauf geeinigt, dass wir diese Anhörung hier heute so stattfinden lassen. Ich gehe noch einmal kurz das Vorgehen durch, damit Sie alle informiert sind. Wir werden, wie angesprochen und vereinbart, mit einer Statement-Runde unserer Hauptpersonen heute, nämlich der Sachverständigen, starten und für diese Statements steht eine Zeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung, die die Sachverständigen selbstverständlich nicht ausschöpfen müssen, wenn sie das nicht möchten. Und je nachdem, wann der namentliche Abstimmungszeitraum für die vierte Abstimmung beginnt, würden wir unterbrechen. Danach geht es in eine Fraktionsrunde, wo wir die Abgeordneten zu Wort kommen lassen, und da gibt es die Möglichkeit, Fragen an bis zu zwei Sachverständige in der Zeit von zwei Minuten zu richten. Da weise ich Sie aber auch immer noch einmal darauf hin. Wir haben hier einen Wecker mitlaufen, weil die Uhrenanzeige, die sonst eingeblendet worden wäre, jetzt gerade von Polycom genutzt wird. Die Antworten, die die Sachverständigen auf diese Fragen geben, belaufen sich dann auf maximal vier Minuten Zeit. Das sage ich Ihnen dann aber auch immer noch einmal an, damit Sie darüber informiert sind. Gibt es Fragen zum Vorgehen? Das ist nicht der Fall. Dann starten wir auch sofort in die Runde. Wie in der Reihenfolge der Begrüßten würde ich auch hier wieder starten und Sie um Ihr Statement bitten, Frau Professor Leutner. Sie haben bis zu fünf Minuten das Wort. Wir freuen uns.

SVe Prof. Dr. Dr. h.c. **Mechthild Leutner**: Ich bedanke mich für die Einladung. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe meine Expertise als Wissenschaftlerin gemacht. Ich bin keine Vertreterin einer Interessengruppe. Es ging mir im Wesentlichen um zweierlei. Einmal um die Verdeutlichung der

gesellschaftlichen und politischen Kontexte, zum anderen um die Herauskristallisierung von Fakten. Da die Kontexte sehr unterschiedlich sind, konzentriere ich mich im Folgenden auf Xinjiang und habe hier einige Punkte zusammengefasst. Erstens die Sicherheitsproblematik: Terroranschläge – global und international – sind zu einem großen Sicherheitsproblem geworden. Alle Staaten müssen überlegen, wie sie damit umzugehen haben. Und auch China hat ein Terror- und Sicherheitsproblem, das besonders deutlich noch einmal im Jahr 2017 wurde, als ein halbstündiges Video des IS das Training von Uiguren, uigurischen Märtyrern zeigte, und gleichzeitig in uigurischer Sprache China den Dschihad ansagte. „Wir werden“, so wörtlich „ihr (d. h. der chinesischen Unterdrücker) Blut durch den Willen Gottes in Strömen fließen lassen.“ Dieses Terrorismusproblem bezieht sich insbesondere auf Xinjiang mit seiner muslimischen Bevölkerung. Dort hat seit den 1990er Jahren eine DeSäkularisierung und ReIslamisierung stattgefunden. Es haben sich fundamentalistische Ideen mit Ideen des Separatismus verbunden. Allein 300 uigurische Kämpfer haben sich bis zum Jahr 2000 den Taliban angeschlossen, 5.000 dem IS, und 25.000 Uiguren leben allein in der Türkei. Es gab viele, viele Anschläge mit vielen Todesopfern. Um hier nur einige zu nennen: Die großen Unruhen in Urumqi im Juli 2009 mit fast 200 Toten, 1.700 Verwundeten und vielen Zerstörungen. 2013 dann sogar der Anschlag auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Für all diese Anschläge gibt es nicht immer, aber in vielen Teilen Bekennerschreiben, zum Beispiel von der Turkestan Islamic Party. Zweitens: In Reaktion auf diese Anschläge hat es in China ein Anti-Terrorgesetz und Anti-Terrorregelungen in Xinjiang gegeben, in dessen Kontext mehr als 1.500 Terrorgruppen zerstört wurden, mehr als 12.000 Terroristen festgenommen wurden. Zusätzlich dazu, zu dieser juristischen Strafverfolgung, wurden Präventivmaßnahmen gegen Extremismus durchgesetzt. Dazu gehörten Programme zur Armutsbeseitigung und zur beruflichen Qualifizierung sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Einrichtung von Zentren für diejenigen, denen die Involvierung in terroristische und extremistische, religiöse oder separatistische



Aktivitäten nachgewiesen wurde, deren Vergehen aber als nicht juristisch zu verfolgende Straftaten gewertet wurden. Das wird alles in den Medien gleichgesetzt. Aber kurz hier zu dieser Institution der beruflichen Ausbildungszentren. Die gibt es in China schon sehr lange und auch in Xinjiang. Offizielle Zahlen gehen davon aus, dass in ganz Xinjiang etwa 1,3 Millionen Personen solche Weiterbildungszentren besucht haben. Allein das Projekt der Weltbank hat in den letzten Jahren mehr als 110.000 Personen hier unterstützt. Und von diesen beruflichen Aus- und Weiterbildungszentren sind die speziellen Zentren zur Terror- und Extremismusbekämpfung zu unterscheiden. Ich betrachte oder bezeichne sie deshalb als Deradikalisierungszentren, die in den Jahren 2017 und 2018 geschaffen wurden und die 2019 wieder aufgelöst wurden. In diesen Deradikalisierungszentren sind ganz offensichtlich auch Zwangselemente. Wir wissen nicht, ob es eine richterliche oder behördliche Einweisung in die Zentren gab. Es gibt eine abgeschlossene und überwachte Lebens- und Wohnsituation und es gibt auch Strafmaßnahmen für diejenigen Personen, denen schwerere Vergehen zur Last gelegt wurden. Es gibt aber zusätzlich Ausbildungsmaßnahmen und es gibt Vorträge zu Recht und Gesetz. Religiöse Aktivitäten und religiöse Symbole sind verboten, denn Religion gehört für den säkularen Staat China in die Privatsphäre oder in die dafür vorgesehenen öffentlichen Räume. Im Unterschied zu vielen Medienberichten gibt es nach wie vor in Xinjiang etwa 20.000 Moscheen und viele andere Einrichtungen für islamische Kulturen. Zu den in den Medien kursierenden Zahlen von einer Millionen aufwärts ist nur zu sagen, wenn wir eine Hochrechnung der Zahlen, die in der Karakax-Liste, die von verschiedenen Wissenschaftlern ausgewertet wird, vornehmen, dann beläuft sich diese Zahl, wenn wir von einem Distrikt ausgehend ausrechnen, auf unter 1.000.

Die **Vorsitzende**: Kommen Sie zum Schluss.

SVe Prof. Dr. Dr. h.c. **Mechthild Leutner**: Ja, ich versuche jetzt ein bisschen zusammenzufassen. Ich möchte auch noch ein bisschen die Satellitenbilder kritisieren, weil hier auch sehr viele Schulen und Hotelanlagen sind.

Bildungsmaßnahmen gehören also insgesamt zur Deradikalisierungsproblematik und ich bin der Meinung, dass diese Kritik an Menschenrechtsverletzungen, die derzeit existiert, dass die in hohem Maße instrumentalisiert wird für außenpolitische Strategien und dass das nicht hilfreich ist für die Entwicklung einer adäquaten Chinapolitik. Es geht darum, dass wir Wissen generieren.

Die **Vorsitzende**: Kommen Sie zum Schluss, Frau Professor Leutner.

SVe Prof. Dr. **Mechthild Leutner**: Noch zwei Sätze.

Die **Vorsitzende**: Es gibt danach noch die Möglichkeit, Fragen zu beantworten. Das ist ja nur das Eingangsstatement. Nur dass Sie nicht das Gefühl haben, Sie können den Punkt nicht machen. Danke schön. Ich bin jetzt hier ein bisschen rigoros. Wir haben fünf Minuten für die Eingangsstatements. Ich würde jetzt über das Polycom-System Wenzel Michalski um sein Eingangsstatement bitten, bis zu fünf Minuten. Ich weise Sie rechtzeitig darauf hin.

SV **Wenzel Michalski**: Danke sehr. Hallo. Seit Ende 2016 hat die chinesische Regierung ihre repressive Politik gegen turkstämmige Muslime in Xinjiang verschärft unter der sogenannten Strike Hard-Kampagne. Willkürliche Verhaftungen, Massenverhaftungen, Folter und Misshandlungen von turkstämmigen Muslimen stehen auf der Tagesordnung. Zudem wird der Alltag, etwa durch Überwachungstechnik, systematisch kontrolliert. Es gibt glaubwürdige Berichte, dass einige Gefangene aus den sogenannten Umerziehungslagern freigelassen worden sind. Doch es bleibt weiterhin völlig unklar, wie viele Menschen dort weiterhin festgehalten werden, da die chinesische Regierung keine Einzelheiten über Gefangene und Freigelassene veröffentlicht. Viele turkstämmige Muslime, die im Ausland leben, haben weiterhin keine Informationen über ihre Familien. Andere sagen, Familienmitglieder seien weiter in Haft. Auch sind die sogenannten Umerziehungslager nur eine Form, wie den Menschen in Xinjiang ihre Freiheitsrechte



entzogen werden. Auch die Zahl der Häftlinge in Gefängnissen ist seit 2016 stark angestiegen. Viele haben langjährige Haftstrafen erhalten für Verhaltensweisen, die kein Verbrechen darstellen, etwa Beten oder die Teilnahme an religiösen Zeremonien. Peking benutzt die Debatte darüber, ob Menschen freigelassen worden sind oder nicht, um von den andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen dort und den willkürlichen Bestrafungen abzulenken, die sich gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe, nämlich die turkstämmigen Muslime in der Region, wenden. Es gibt erschreckende Gemeinsamkeiten zwischen turkstämmigen Muslimen in Xinjiang in den Lagern und wie sie außerhalb behandelt werden. In den sogenannten Umerziehungslagern müssen die Gefangenen Mandarin lernen, die Kommunistische Partei Chinas in Gesängen loben und Regeln auswendig lernen, die hauptsächlich für turkstämmige Muslime gelten, aber nicht für andere. Außerhalb der Lager müssen sie jede Woche oder teilweise sogar jeden Tag am feierlichen Hissen der chinesischen Flagge, an politischer Indoktrination und an Sprachkursen für Mandarin teilnehmen. Inhaftierte dürfen die Lager nicht verlassen, bevor sie 1.000 chinesische Schriftzeichen gelernt haben oder anderweitig gezeigt haben, dass sie loyale chinesische Bürger sind. Turkstämmige Muslime außerhalb der Lager sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, indem sie unter Hausarrest gestellt werden können oder ihnen verboten wird, ihren Kreis oder das Land zu verlassen. In den Lagern werden die Insassen bestraft, wenn sie friedlich ihre Religion praktizieren; außerhalb sind die religiösen Einschränkungen so strikt, dass der Islam im Endeffekt verboten ist. In den Lagern werden die Gefangenen ständig überwacht und dürfen weder Familie noch Freunde kontaktieren; außerhalb werden die Menschen in ihren Wohnungen von Nachbarn, Beamten und von Überwachungstechnik kontrolliert und dürfen keinen Kontakt ins Ausland haben. Allgemein ist zu sehen, dass sich die Menschenrechtslage in den letzten Jahren in China gesamt eklatant verschlechtert hat und noch eklatant verschlechtert im Moment. Tausende von Menschenrechtlern, Aktivisten, Kritikern, Journalisten, Rechtsanwälten sind in Haft oder sind irgendwie anders mundtot gemacht worden. Wir sehen, dass Hongkong seinen unabhängigen

Status verloren hat und wir sehen, dass das Menschenrechtsproblem in China nicht nur ein Problem in China darstellt, sondern durch die „Belt and Road“-Initiative der Chinesen exportiert wird. Wir sehen das sogar innerhalb der EU, wie versucht wird, durch wirtschaftliche Förderung und durch eine wirtschaftliche Abhängigkeitsmachung die EU zu spalten; ich nenne da die Länder Ungarn, aber auch Griechenland und Polen, wo die Chinesen im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative enorm investiert haben. Und das birgt Gefahr, das gilt auch für Afrika. Das birgt Gefahr, dass eben das chinesische System auch unsere Demokratie hierzulande gefährdet. Danke sehr.

Die Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank, Herr Michalski. Dann haben wir das nächste Statement, hier aus dem Ausschusssaal, von Herrn Müller.

SV Kai Müller: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, für die Einladung zu dieser Anhörung danke ich Ihnen. Ebenso danke ich dem Ausschuss dafür, dass er sich mit der Menschenrechtslage in der Volksrepublik China, in diesem Rahmen auch mit der Lage in Tibet, befasst. Dies ist außerordentlich wichtig, da die Menschenrechtslage in Tibet nach wie vor prekär ist. Die Kommunistische Partei schottet das Land systematisch ab, um zu verhindern, dass Informationen nach außen dringen. Informationen über den vor allem in den letzten Jahren installierten Polizeistaat und Informationen über die Instrumente totalitärer Herrschaft, die die KP in Tibet seit einigen Jahren verstärkt umsetzt. Wenn Informationen aus Tibet abseits staatlicher Verlautbarung überhaupt nach außen dringen, dann nur mit Verzögerung, so wie im Fall der 36-jährigen Tibeterin Lhamo, die im August in chinesischer Haft gestorben ist. Die dreifache Mutter war Berichten zufolge bereits im Juni von den Behörden festgenommen worden. Der Grund: Geldüberweisung an in Indien lebende Verwandte. Im August habe man ihre Familie ins Krankenhaus gerufen. Lhamos Körper habe schwere Prellungen aufgewiesen. Sprechen konnte sie nicht mehr. Zwei Tage später starb sie. Ihre Leiche wurde sofort eingemäschert, was eine medizinische Untersuchung verhinderte. Ihr tragischer Tod fügt sich in eine ganze Reihe



ähnlicher Fälle von offensichtlicher Folter in staatlichem Gewahrsam. Opfer werden Tibeter, die sich der staatlichen Politik widersetzen oder sich für den Erhalt ihrer Kultur, den Schutz ihrer Religion, für Umweltschutz oder gegen Machtmissbrauch örtlicher Behörden einsetzen. Dem Anti-Folter-Ausschuss der Vereinten Nationen zufolge sind Folter und Misshandlungen im Strafrechtssystem Chinas tief verwurzelt. Tibet ist hiervon besonders betroffen. Mit der Ernennung des KP-Funktionärs Chen zum Parteisekretär der Autonomen Region Tibet in 2011 hat sich die Politik der Partei maßgeblich gewandelt, offenbar eine Reaktion auf die landesweiten Proteste 2008, die die Behörden gewaltsam niedergeschlagen haben. Die Kommunistische Partei setzt seither offensichtlich nicht mehr zentral auf die repressive Verfolgung Andersdenkender, sondern verfolgt zudem eine noch aktivere Assimilierungs-, Kontroll- und Indoktrinationspolitik, die massive Auswirkungen auf die Rechte der Betroffenen hat. Wesentliche Bestandteile: Die Entsendung von Zehntausenden von Parteikadern in die ländlichen Regionen Tibets, um die Politik der Partei zu verbreiten und um sich mit Tibetern anzufreunden, wie es in der Rhetorik der Partei heißt; ferner die Einrichtung eines engmaschigen physischen und elektronischen Überwachungsnetzes in den Städten oder die Übernahme der direkten Verwaltung von buddhistischen Klöstern. Subtiler, aber vermutlich noch einschneidender ist die sogenannte Sinisierungspolitik der Partei. Der tibetische Buddhismus habe sich den ideologischen Zielen der Partei unterzuordnen. Die tibetische Sprache wird zu einer Umgangssprache degradiert. Behörden entscheiden über die Einsetzung von buddhistischen Geistlichen. Millionen von tibetischen Nomaden und Bauern wurden zwangsweise angesiedelt. Besondere Sorge machen Berichte über zwangsweise Arbeitsprogramme, denen zufolge bereits mehr als 500.000 Tibeterninnen und Tibetern mit militärischem Drill für die Verschickung in Produktionsstätten in Tibet und China vorbereitet werden – offenbar ohne reale Möglichkeit, diesen Maßnahmen zu widersprechen. Es ist außerordentlich wichtig, dass die internationale Politik diese Realität zur Kenntnis nimmt und die Narrative der KP entlarvt. Es handelt sich nicht

um nachhaltige Entwicklungspolitik, wenn davon Betroffene keine Rechte haben. Es handelt sich nicht um soziale Politik oder Armutsbekämpfung, wenn Millionen von Menschen gezwungen werden, ihre Lebens- und Wirtschaftsweise aufzugeben. Es handelt sich nicht um Politik, die kulturelles Erbe, Religion und Sprache schützt, wenn die Muttersprache aus den Schulen verschwindet oder wenn sich eine Religion an die Ziele einer Partei anpassen muss. Im Gegenteil: Die tibetische Kultur, selbstbestimmt und autonom, droht zu verschwinden. Öffentlich formulierte Kritik an der Politik der chinesischen Regierung in Tibet ist unverzichtbar. Das ist aber nicht ausreichend. Wir plädieren für personenbezogene Sanktionen gegen Verantwortliche im chinesischen Partei- und Staatsapparat, insbesondere für diejenigen, die für die Abschottung Tibets verantwortlich sind. Offenheit bedingt Transparenz und dies bedingt Verantwortlichkeit, was Menschenrechtsverletzungen verhindern kann. Ferner sollte sich die Bundesregierung mit großem Nachdruck für eine der großen Zukunftsfragen von Tibet einsetzen. Die Nachfolge des Dalai Lama darf nicht von der KP Chinas entschieden werden. Die prekäre Lage in Tibet ist auch Gegenstand der Forderung von 50 UNO-Menschenrechtsexperten, die im Juni die Einrichtung eines unabhängigen Beobachters, der für die Menschenrechtslage in der Volksrepublik zuständig ist, gefordert haben. Diese Forderung sollte breite Unterstützung finden, damit Fälle, wie die der Tibeterin Lhamo untersucht werden und um damit Kontrolle, Überwachung, Indoktrination und Sinisierung in Tibet mit Nachdruck zu widersprechen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Ich würde jetzt, bevor ich das nächste Statement aufrufe, weil die namentliche Abstimmung begonnen hat, hier an dieser Stelle unterbrechen und wir würden dann das Statement von Frau Pils, die als nächste an der Reihe wäre, direkt danach aufrufen. Ich würde vorschlagen, wir treffen uns um fünf vor vier wieder hier. Eine viertel Stunde mit hin- und herkommen ist, glaube ich, auf jeden Fall machbar. Ich unterbreche die Sitzung bis fünf Minuten vor vier und entschuldige mich noch einmal bei den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in der



Polycom-Konferenz sitzen und warten, und auch hier bei den Sachverständigen. Es ist ein besonderer Tag, aber danach haben Sie wieder unsere Aufmerksamkeit.

Sitzungsunterbrechung von 15:40:23 – 16:01:03

Die **Vorsitzende:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Anhörung wieder. Wir starten mit dem zweiten Teil der Statements unserer Sachverständigen. Wie angekündigt, würde ich jetzt aus der Polycom-Konferenz Frau Eva Pils um ihr Statement bitten. Wenn Sie fünf Minuten überschreiten, würde ich hier noch einmal drauf aufmerksam machen. Sie hätten das Wort.

SVe **Eva Pils:** Vielen Dank, Frau Jensen. Vielen Dank für die Einladung. Wie von Herrn Michalski schon angerissen, ist die Lage der Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsverteidiger – also der Menschen und Gruppen, die als Ärzte, als Journalisten, als Rechtsanwälte, Mitglieder von NGOs sich gegen Menschenrechtsverletzungen aussprechen und den Opfern Beistand leisten – natürlich auch sehr wichtig für die Lage der Menschenrechte. Und in der Tat hat sich diese Lage seit Amtsantritt von Präsident Xi Jinping, sehr verschlechtert, nicht nur wegen der Gesetze, die auf eine Einschränkung der Aktivitäten der Zivilgesellschaft hinwirken, sondern auch und ganz wesentlich aufgrund der Perfektionierung der Technologien der Kontrolle, also der Zensur der Überwachung, der Kontrolle des Verhaltens, die Menschenrechtsverteidiger betreffen. Und ganz wichtig: Auch schon in der frühen Amtszeit von Xi Jinping hat sie sich verschlechtert durch sukzessive Wellen der Verfolgung gegen bestimmte Zivilgesellschafts- und Menschenrechtsverteidigergruppen, bei denen Methoden zur Anwendung kamen wie Verschwindenlassen, wie Folter, wie zwangsweise Medikamentierung und politische Erziehung, also Methoden, die uns qualitativ, wenn auch nicht quantitativ durchaus an die schweren Verfolgungen, die derzeit in Xinjiang stattfinden, erinnern und von denen mir persönlich in diversen Einzelgesprächen mit Anwälten, die das durchgemacht haben, berichtet wurde. Insgesamt geht es, denke ich, um eine Ausschaltung der

Kritik an Menschenrechtsverletzungen und einer Systemkritik und um einen Versuch der Gleichschaltung des Restes der Zivilgesellschaft in China. Das wirkt sich natürlich auch auf die transnationalen Zivilgesellschaftsversuche aus, mit Menschen und Gruppen in China zusammenzuarbeiten. Ganz besonders deutlich ist die Verschlechterung dieser Situation in Hongkong als einem Standort für natürlich viele transnationale und internationale Menschenrechts-NGOs. In Hongkong war die Ausgangslage bei Beginn der Xi-Ära noch wesentlich anders: Es gab Rechtsschutz für die Aktivitäten der Zivilgesellschaft, der Menschenrechtsverteidiger, und es gab Rechtsstaatlichkeit. Leider hat sich dort, besonders in den letzten Jahren, Monaten Wochen und den letzten Tagen die Situation sehr dramatisch verschlechtert. Meiner Ansicht nach steht Hongkongs Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit am Rande des Zusammenbruchs, teilweise aufgrund des Gesetzes, das im Sommer erlassen wurde, das sogenannte Gesetz zur Staatssicherheit in Hongkong, das effektiv die Regierungskritik kriminalisiert beziehungsweise das Schüren von Hass gegen die Regierung. Diese Bemühungen, die Zivilgesellschaft und Kritik durch die Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu bringen, spiegeln sich auch in den Aktivitäten Chinas im Bereich des Völkerrechts wider, zum Beispiel bei den Vereinten Nationen. Da gibt es Versuche der Delegitimierung der Zivilgesellschaft und ihrer Arbeit an Menschenrechten und der gleichzeitigen Legitimierung der Autokratie, zum Beispiel durch die Resolutionen des Menschenrechtsrates 2018 und 2020 zur sogenannten beidseitig vorteilhaften Zusammenarbeit an Menschenrechten der Staaten, bei denen die Zivilgesellschaft an den Rand gedrängt wird. Natürlich bleibt es sehr wichtig, trotz aller dieser Bemühungen, dass die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger in China weiterhin ihre Arbeit unter schwersten Bedingungen und starker Gefährdung fortsetzen. Diese Arbeit ist sehr wichtig und verdient Unterstützung. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ganz herzlichen Dank für Ihr Statement. Ich weise jetzt alle Kolleginnen und Kollegen darauf hin, dass das nächste Statement



verdolmetscht wird. Wir hören jetzt das Statement von Frau Sayragul Sauytbay zu ihrem Thema.

Sve Sayragul Sauytbay: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Freunde, ich bedanke mich zutiefst beim Deutschen Bundestag und der deutschen Regierung für die besondere Gelegenheit, hier etwas über die grausame Situation Ostturkestans mitteilen zu dürfen. Allerdings ist es so, dass mir in diesem Raum selbst das minimale Recht, in meiner Muttersprache Kasachisch oder auf Uigurisch zu sprechen, nicht ermöglicht wird. Mein Name ist Sayragul Sauytbay, ich bin kasachischer Nationalität und im Kasachischen Autonomen Bezirk Ili in Ostturkestan geboren. Wir leben seit vielen Generationen dort. Ostturkestan selbst war einmal ein unabhängiger Staat, der die Heimat von Uiguren, Kasachen, Kirgisen und anderen, insgesamt 13 Nationalitäten, ist. Seit der Besetzung durch die Regierung der Kommunistischen Partei im Jahr 1949 ist das Leben komplett fremdbestimmt und neu organisiert worden. Um die Politik der Auslöschung der Nationalitäten voranzutreiben, unterdrückt die KP Chinas unsere Muttersprache, unsere Kultur und unsere ethnischen Besonderheiten. Weil zum Beispiel mein Kind im Kindergarten seine Muttersprache verwendet hat, wurde es von der chinesischen Betreuerin mit einem Klebeband vor dem Mund bestraft und die ganze Klasse gleich mit, was für uns nur schwer erträglich war. Daraufhin habe ich mich entschlossen, nach Kasachstan zu ziehen, aber mein Pass wurde von den lokalen Parteibehörden zwangsweise eingezogen. Deshalb war es mir nicht möglich, wie geplant nach Kasachstan auszureisen. Ich hatte damals als Lehrerin gearbeitet. Mein Mann war bereits nach Kasachstan gezogen und jede Verbindung mit ihm wurde von den Parteibehörden vereitelt. Im Herbst 2015 begann die KP-Regierung, ihren langfristigen Plan der Auslöschung der Nationalitäten umzusetzen, und im Januar 2017 wurde auch ich unversehens Opfer dieser Politik. Ich wurde nachts von der Polizei abgeführt und unter dem Vorwand, dass mein Mann sich im Ausland befinde, „zurechtgewiesen“, unter Druck gesetzt, gefoltert und bedroht. Im November 2017 wurde ich als Lehrerin in eines der faschistischen Konzentrationslager abkommandiert, um die

Insassen in Chinesisch zu unterrichten. In jenem Konzentrationslager, dessen Lebensbedingungen ein einziger erstickender Alptraum waren, saßen etwa 2.500 Gefangene, Männer wie Frauen aus allen Altersgruppen, ein. Es handelte sich um Kasachen, Uiguren, Kirgisen usw. aus der Gegend. Allen war der Kopf kahl rasiert worden, viele trugen Handschellen oder Fußfesseln; den meisten war jeder Lebensmut entwichen, ihre Augen waren stumpf und gebrochen; der Anblick brach mir das Herz. Jede Gefühlsregung aber war strengstens reglementiert, die Insassen wurden einer terrorgleichen Gehirnwäsche unterworfen; für die kleinsten „Vergehen“ wurden sie streng bestraft und gemobbt, sie wurden gefoltert, bekamen Elektroschocks, wurden geprügelt, ihnen wurden die Fingernägel ausgerissen, manche wurden ermordet, ihnen wurden Psychopharmaka verabreicht. Ich habe all das, was eigentlich unvorstellbar ist, mit eigenen Augen gesehen. Die KP hat außerdem zwangsweise Sterilisationen durchgeführt. Die Insassen der faschistischen Konzentrationslager und Gefängnisse werden zu Sklavenarbeit gezwungen; mit allen möglichen Mitteln wurden die persönlichen Daten der Angehörigen verschiedener Ethnien erhoben, bis hin zur DNA, Blutproben, Irismustern, Fingerabdrücken, usw. Die Daten werden höchst effektiv genutzt. Die KP-Regierung verwendet Überwachungstechnologien in großem Maßstab, um Massenverhaftungen durchzuführen. Auf diese Weise wird ein Genozid vollzogen. Gleichzeitig benutzt die KP-Regierung raffinierte Methoden, um diese Dinge vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Als ich im März 2018 vom Konzentrationslager wieder nach Hause gebracht wurde, hatten sie geplant, mich unter dem Vorwand eines Verbrechens für ein paar Jahre ins Lager zu sperren, um mich vermutlich auszulöschen. Dann haben sie von mir verlangt, dass ich meine in Kasachstan befindliche Familie überrede, nach Ostturkestan zurückzukehren. Dem habe ich mich verweigert. Das allein hat ausgereicht, um mich als Verdächtigen einer Straftat abzustempeln, denn alle Menschen Ostturkestans, insbesondere Muslime, die Kontakt mit dem Ausland haben, werden als Staatsfeinde angesehen. Mir war völlig klar, dass ich hier keine Zukunft hatte. Ich wollte wenigstens noch einmal meine Kinder sehen, bevor ich sterbe. Daher habe ich die Gefahren auf mich genommen und bin



nach Kasachstan geflohen. Ich hatte mir vorgenommen, dass ich, sollte ich die Flucht überleben, die Welt vom dramatischen Schicksal Ostturkestans in Kenntnis setzen wollte. Allerdings wurde ich in Kasachstan von den Sicherheitsbehörden aufgegriffen und mir wurde die Ausweisung nach China angedroht. Der Unterstützung der kasachischen Bevölkerung wie auch der weltweiten Medien ist es zu verdanken, dass ich nicht nach China ausgewiesen wurde. Jedoch kam ich wegen illegalen Grenzübertritts vor Gericht und ins Gefängnis. Die kasachischen Behörden lehnten mein Asylgesuch ab. Als mir erneut die Abschiebung nach China angedroht wurde, bot Schweden, ein freies demokratisches Land, seine Hilfe an, und meine gesamte Familie lebt jetzt in Schweden. Ich bin dem Land Schweden und den Schweden zu tiefstem Dank verpflichtet. Seit meiner Flucht nach Kasachstan setze ich alles daran, um die Wahrheit über die faschistischen Konzentrationslager sowie die Verbrechen der KP Chinas im 21. Jahrhundert zu verbreiten. Wenn wir weiter über diese Vorgänge schweigen und so tun, als ob wir nichts gesehen hätten, und angesichts der vorliegenden Informationen keinerlei Initiative ergreifen, dann machen wir uns zu Komplizen dieser Verbrechen. Ich bitte Sie sehr, rasch zu handeln, um das chinesische Regime wirksam zu sanktionieren, um den Menschen Ostturkestans, die keine Schuld auf sich geladen haben und nichts für ihr schreckliches Schicksal können, zu helfen. Ich danke Ihnen.*

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Dann hören wir das nächste Statement von Dr. Zenz, zugeschaltet über die Polycom-Konferenz. Fünf Minuten haben auch Sie.

SV Dr. **Adrian Zenz**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Bundestages, herzlichen Dank für die Einladung. Vom Abriss von Moscheen zur Verhaftung marxistischer Studierenden, die sich für Arbeiterrechte einsetzen – Chinas Menschenrechtsverletzungen sind vielfältig. Sie sind ein Nebenprodukt der Regierungsmethodik der KP. Unter Xi Jinping stoßen Hanchinesen und Minderheiten schneller als zuvor an die Grenzen dessen, wo der Staat zuschlägt. Das liegt auch

daran, dass der Staat über einen extrem gut ausgebauten Überwachungsapparat verfügt, der das Erreichen oder Überschreiten staatlich genehmigten Verhaltens schneller und flächendeckender erkennt und ahndet. Der Machtanspruch der KP ist zunehmend totalitär. Der Staat beansprucht eine immer stärkere Kontrolle über die Medien, das Internet, über Handeln und Denken, sogar den Lebensstil der Menschen. Die Umerziehung im Lager ist im Prinzip nur eine intensivere Form dessen, was eigentlich im Bildungssystem oder durch die Propaganda in der Gesellschaft geschehen sollte: Die Ausrichtung der Bürger auf Loyalität zum Land und zur Partei. Die Partei muss in den Herzen aller Bürger an erster Stelle stehen, sonst ist ihr Machtanspruch gefährdet. Wenn das nicht klappt, wird die Umerziehung eingesetzt. In der Umerziehung wird der Mensch zunächst gebrochen. Es gibt keine persönlichen Freiheiten. Die Partei bestimmt, wo man sitzt, was man sagt, wie lange man auf die Toilette geht, wann man weinen darf, wie man sich bedanken muss, wenn man mit Elektroschocks bestraft wurde. In solch einem System sind Menschenrechtsverletzungen ein unvermeidbares Nebenprodukt des Regierens. Je stärker sich eine Gruppierung gegen diesen Machtanspruch auflehnt, desto größer die notwendigen Menschenrechtsverletzungen. Die KP feiert die Maßnahmen in Xinjiang als vollen Erfolg, aus ihrer Sicht zu Recht. Dort wird ein neues Volk herangezogen, das chinesisch spricht, hart arbeitet, gefügig ist, der Partei gehorcht, es bedeutet weniger Kinder, mehr Moderne, keine Religion, keine Widerrede. Der moderne Uigure ist ein Modellbürger. „Ich war auf dem falschen Weg“, sagt der erfolgreich Umerzogene, „Die Partei hat mich gerettet.“ Wenn man genug Punkte gesammelt hat, darf man aus dem Lager in die Zwangsarbeit, um zum wirtschaftlichen Erfolg der neuen Seidenstraße beizutragen. Menschenrechte, das ist ein Spezialgebiet, dafür gibt es Ausschüsse, Experten, Besprechungen. Ein Nischenfach, das es geben muss, denn es liefert uns augenscheinlich den Nachweis, dass wir unsere eigenen Werte ernst nehmen. So können wir Investitionsabkommen abschließen, Handel treiben, Technologien austauschen, sogar das Klima retten, denn wir haben ja mit demselben Land oder denselben Ländern einen Menschenrechtsdialog. Dazu gibt es Protokolle.



Diese Kompartimentalisierung ist ein Fehler. Am 17. Januar 2017 zum Beispiel stellt Xi Jinping beim Wirtschaftsforum in Davos seine Vision einer gemeinsamen Zukunft der Menschheit vor. Weniger als sieben Wochen später, am 1. März 2017, sind zehntausende Regierungsbeamte in Xinjiang in uigurischen Dörfern stationiert. Einsatzbereit, um in jede Familie einzudringen, Fragen zu stellen. Welchen Gesichtsausdruck zeigt der Uigure, wenn man ihm Schweinefleisch zum Essen anbietet? Die Teams der Regierung gehen von Haus zu Haus, niemand wird ausgelassen. Seit Februar schon werden fieberhaft Bildungsstätten für Hunderttausende Minderheitenkinder mit einem Milliardenbudget aus dem Boden gestampft, Kinder, deren Eltern bald in Lagern sind. Als Xi Jinping am 17. Januar 2017 in Davos von einer gemeinsamen Zukunft der Menschheit redet, da waren die Pläne für Umerziehungslager und Vollzeitinternate für Dreijährige alle bereits unter Dach und Fach. Nach heutigem Kenntnisstand ist es extrem unwahrscheinlich, dass Xi nicht im Detail darüber informiert war. Chinas Menschenrechte sind für uns heute eine Frage unserer nationalen Sicherheit und der Zukunft unserer eigenen Freiheit. Die Regierung, die ihre Problembürger auf brutalste Weise misshandelt, zeigt auch uns mittlerweile zunehmend ihr wahres Gesicht. Der schwedische Staatsbürger Gui Minhai wird vor den Augen eigener Diplomaten von chinesischen Agenten verschleppt. Die kanadischen Staatsbürger Kovrig und Spavor werden Opfer von Chinas Geiseldiplomatie. Die Gängelung des Arztes Li Wenliang aus Wuhan wird Teil des Ausgangspunkts einer globalen Pandemie, die uns nun alle betrifft. Was in China geschieht oder nicht geschieht, hat zunehmend Auswirkung auf die ganze Welt. Das war im Kern schon seit einer ganzen Weile so. Die Frage ist: Nehmen wir es heute ernster?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann haben wir als nächstes das Statement von unserer Sachverständigen, hier aus dem Ausschusssaal, von Frau Zhou. Fünf Minuten, Sie haben das Wort.

SVe **Lea Zhou**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für die Einladung. Sehr geehrte Abgeordnete, sehr

geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie heute besonders auf die Gehirnwäscheeinrichtungen in China aufmerksam machen. Nachdem das Arbeitslagersystem in China aufgrund des internationalen Drucks im Jahr 2013 beendet wurde, greift das chinesische Regime verstärkt auf außergerichtliche Gehirnwäscheeinrichtungen zurück. Die ersten Gehirnwäscheeinrichtungen wurden im Jahr 2001 von dem Büro 610 eingerichtet. Das Büro 610 ist eine außerrechtliche Organisation, die im Jahr 1999 extra zum Zweck der Verfolgung von Falun Gong gegründet wurde. Zu der damaligen Zeit zählte die Meditationsbewegung etwa 70 bis 100 Millionen Anhänger. Sie waren in der Bevölkerung äußerst beliebt. Ihr wichtigstes Merkmal ist ihre Ausrichtung auf Behaglichkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht. Gehirnwäscheeinrichtungen gibt es inzwischen fast in jeder Stadt, in jedem Landkreis und in etlichen Gemeinden in ganz China. Aber keine Haftanstalt in China wird ausdrücklich als Gehirnwäscheeinrichtung bezeichnet. Sie tragen unterschiedliche Namen, wie zum Beispiel Rechtserziehungsanstalt, Zentrum für Drogenentzug oder Zentrum zur beruflichen Ausbildung, wie wir sie in Xinjiang kennenlernen mussten. Ohne jegliche Rechtsverfahren werden Andersdenkende, wie Christen, Tibeter, Muslime und Falun Gong-Praktizierende in Gehirnwäscheeinrichtungen eingesperrt. Sie werden gezwungen, in schriftlichen Erklärungen ihren Glauben aufzugeben. Das Aufsichtspersonal greift oft zu Foltermethoden, weil es unter anderem eine vom Vorgesetzten festgelegte Quote der Umerziehung erreichen muss. Hundertprozentige Umerziehung ist die Zielsetzung. Je nach Führungsgrad bekommt das Personal seine Prämien, im anderen Fall drohen auch Vorgesetzten Konsequenzen. Zu den üblichen Foltermethoden gehören Schläge, Zwangsernährung, Verharren in qualvollen Positionen, sensorische Überreizung, Elektroschocks, Waterboarding und Würgen, Isolationshaft und sexuelle Übergriffe. Viele der Opfer sind dabei zu Tode gefoltert worden. Laut der Statistik vom Falun-Infozentrum sind mindestens 4.500 Falun Gong-Praktizierende an den Folgen der Folter gestorben. Außerdem gibt es viele, unzählige Opfer von Organentnahmen. Chinas staatliche Medien berichten kaum noch über Falun Gong. Viele Menschen, auch Freunde



von mir in China, haben den falschen Eindruck bekommen, als ob es für Falun Gong-Praktizierende keine große Gefahr mehr gibt. In Wirklichkeit verschärfte die Kommunistische Partei Chinas sogar in der ersten Hälfte dieses Jahres die Verfolgung von Falun Gong trotz der Corona-Pandemie. Seit der Machtergreifung 1949 hat die Kommunistische Partei Chinas nie aufgehört, verschiedene Gruppierungen des chinesischen Volkes zu verfolgen. Die Verfolgung hat ein Standardprozedere. Schritt eins ist eine Verleumdungskampagne gegen die Betroffenen. Die ethnischen Gruppen in Xinjiang werden zum Beispiel oft als Terroristen, manche christlichen Gemeinschaften sowie die Meditationsbewegung Falun Gong als Sekten gebrandmarkt; dies führt zur Isolation der Betroffenen. Im Schritt zwei folgen die Festnahmen. Wenn man denkt, damit wäre die Sache erledigt, irrt man sich wieder. Um auch noch wirtschaftlichen Nutzen aus den Inhaftierten zu ziehen, müssen sie Zwangsarbeit leisten. Zudem gibt es viele Indizien, dass einem Teil der gewissen Gefangenen gegen ihren Willen die Organe entnommen werden, was ihren Tod zur Folge hat. In den letzten 30 Jahren haben viele Menschen an Wandel durch Handel geglaubt. In Wirklichkeit haben die Parteifunktionäre und ihre Familien am meisten vom Handel mit dem Ausland profitiert. Die KP-Funktionäre im Mao-Anzug verwandelten sich in reiche Geschäftsleute im Markenanzug. Die bisherige sanfte Diplomatie des Westens hat leider keinen grundlegenden Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in China geleistet. Am effektivsten könnten meiner Meinung nach jetzt konkrete Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen Unternehmen sein, die an Menschenrechtsverletzungen in China beteiligt sind. Weil die Menschenrechtsverletzungen der KP Chinas auch das Ausland erreicht haben, möchte ich an dieser Stelle den Bundestag auch bitten, gezielte Untersuchungen gegen chinesische Propaganda in Deutschland einzuleiten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Frau Zhou. Dann sind wir am Ende der Statementrunde und starten jetzt, mit Blick auf die Zeit, in die Fragerunde. Kurz zur Erklärung: Wir starten mit der Union. Es gibt die Möglichkeit, in zwei Minuten bis zu zwei Sachverständige zu befragen.

Ich werde da relativ strikt mit der Zeit sein, damit wir dann von Ihnen, als Sachverständige, auch noch entsprechend Antworten hören können. Den Zeitrahmen für die Antworten können Sie dann bis zu vier Minuten ausschöpfen. Für die Union hat der Kollege Michael Brand das Wort.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Herzlichen Dank zunächst an die Sachverständigen von der CDU/CSU-Fraktion. Ich möchte meine Fragen richten an Herrn Zenz und an Kai Müller. Herr Zenz, Sie haben am Anfang des Jahres eine sehr beachtete Studie zu dem brutalen Thema Zwangssterilisation, Geburtenkontrolle bei Minderheiten veröffentlicht. Dazu würde ich gerne von Ihnen noch einige Ausführungen hören, auch zum Thema Zwangsarbeit in Tibet. Auch ein Thema, dessen Sie sich angenommen haben. Was können Sie dem Ausschuss hier berichten? Welche Reaktionen halten Sie für notwendig? Und Sie haben eben den Menschenrechtsdialog angesprochen. Welchen Wert oder konkreten Effekt hat aus Ihrer Sicht dieser Menschenrechtsdialog, wenn er so geführt wird, wie er geführt wird? Ist eine der Maßnahmen vielleicht auch, dass eine Wirtschaftsnation wie Deutschland und die Europäische Union mit ihren Verbündeten eben auch mal sagen muss, wir machen nicht jeden Deal? An Kai Müller will ich die Frage stellen: Die Nachfolge des Dalai Lama, da gibt es besorgniserregende Berichte, dass die Kommunistische Partei hier eingreifen will. Wie sehen Sie das? Auch die Frage der vier Standards für Mönchsgemeinschaften, welche Auswirkungen hat das? Wie reagieren die Geistlichen in Tibet darauf? Auch das Thema strategische Wasservorkommen, ein Thema, das Tibet betrifft, aber auch viele andere Nationen, rund um den Himalaja, was können Sie uns dazu berichten? Und als letzte Frage: NGOs werden ja immer wieder angegriffen, global, aber auch national, wir haben das mittlerweile auch bei der AfD hier im Deutschen Bundestag, die NGOs immer in eine bestimmte Ecke stellen will. Wir erleben, dass es da auch einen Brückenschlag mit autoritären Regimen gibt. Wenn ich an den Menschenrechtsrat denke, werden die Uiguren genannt, auch Christen, Tibeter – es wird immer enger, dass die Dinge überhaupt noch in die Erklärung reinkommen. Was sind da Ihre



Erfahrungen als NGO, als jemand, der in dem Bereich seit vielen Jahrzehnten eine breite Expertise und auch ein Netzwerk hat?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dr. Zenz, dann haben Sie das Wort, bis zu vier Minuten.

SV Dr. **Adrian Zenz**: Herzlichen Dank. In der Tat: Die viel beachtete Arbeit zur Zwangssterilisierung und Geburtenverhinderung entstand aus der Erkenntnis, dass nach öffentlichen Statistiken der Regierung in Xinjiang die Geburtenraten und Bevölkerungswachstumsraten in den uigurischen Regionen dramatisch gesunken sind, über 80 Prozent je nach Region zwischen 2015 und 2018. Diese Senkungen waren besonders stark in den Jahren 2017 und 2018. Für 2019 haben etliche Regionen in Xinjiang diese Zahlen dann nicht mehr veröffentlicht, besonders auch nicht nach der Veröffentlichung meines Berichts im Juni. Allerdings, manchen Regionen zufolge ist das Bevölkerungswachstum dort weiterhin um bis zu 50 oder 56 Prozent zurückgegangen. Besonders dramatische Beispiele sind hier Dokumente aus Regierungsbezirken im südlichen Bereich von Xinjiang, in Hotan und Guma, denen zufolge die Sterilisierung von tausenden von Frauen im geburtsfähigen Alter vorgeschrieben ist, je nach Bevölkerung zwischen geschätzt 14 und 34 Prozent der geburtsfähigen Frauen in diesen Regionen. Was kaum zu glauben ist. Wir haben auch dokumentarische Bestätigungen von mindestens drei Dokumenten dazu, dass Familien, die gegen die zunehmend rigorose Geburtenplanung verstoßen, in die sogenannten Bildungs- und Umerziehungslager gesteckt werden oder werden können. Wir haben hier also keineswegs eine normale Einführung oder auch Durchsetzung der regulären Geburtenkontrolle unter den Uiguren, die jahrelang eine deutlich höhere Geburtenrate vorwiesen als im Rest des Landes. Sondern wir haben hier ein drakonisches Abschalten, wo also innerhalb von zwölf bis 24 Monaten erstens das durchgesetzt wird, was im Rest des Landes über Jahrzehnte hinweg durchgesetzt oder stückweise eingeführt wurde, andererseits aber auch Bevölkerungswachstumseinbrüche, die keinerlei Vergleichbarkeit haben mit anderen Regionen. Eine Region, die Kizilsu-Region, hat für 2020 ein

Geburtenwachstumsziel von 1,05 Promille, also von fast null, angesetzt. Die Zwangsarbeit in Tibet: Die dazu vorhandene Erkenntnis beruht auf dem sogenannten Transfer von ländlichen Arbeitern, also aus der Landwirtschaft in die Sekundarindustrie oder Tertiärindustrie, wo also Löhne verdient werden sollen, also ein Lohnverdiensteinkommen existiert. Dieser Transfer ist eng mit dem Sicherheitssystem vernetzt und unterliegt der ganz starken Zielvorgabe der Regierung. Die Parallelen zwischen Xinjiang und Tibet sind hier extrem stark. Man muss unterscheiden: In Xinjiang gibt es zwei Komponenten. Die eine hat direkt mit den Internierungslagern zu tun, die andere findet über die ganze Bevölkerung hinweg durch die Armutsbekämpfung statt. Es ist dieses zweite System, was wir in Tibet sehen. Dazu muss noch viel erforscht werden. Es ist ganz erstaunlich, wie wenig Information aus Tibet an die Außenwelt dringt. Der Effekt eines reinen Menschenrechtsdialogs, der sonst mit nichts verkoppelt ist, ist faktisch gleich null. Das sehen wir an den dramatischen Verschlechterungen von Menschenrechtssituationen. Es muss dringend eine Koppelung stattfinden, damit man nicht einfach so weitermachen kann wie bisher mit China. Es muss ein stärkerer Zusammenhang stattfinden, sonst passiert gar nichts. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als nächstes Herr Müller das Wort, bis zu vier Minuten.

SV **Kai Müller**: Herzlichen Dank für die Fragen, Herr Brand. Zur Nachfolge des Dalai Lama: Das ist in der Tat eines der wichtigsten Themen, die Tibet angeht, derzeit und für die kommenden Jahre, weil zu befürchten ist, dass die chinesische Regierung hier einen eigenen Dalai Lama einsetzen wird, was mit sehr, sehr großer Wahrscheinlichkeit zu großem Unmut unter den Tibetern in Tibet führen wird und auch nicht akzeptiert werden würde. Die Frage von Ernennung und Bestimmung von buddhistischen Geistlichen ist eine zentrale Frage des tibetischen Buddhismus, natürlich für alle anderen Religionen selbstverständlich auch. Aber hier handelt es sich um einen Bereich, wo Tibeter bis vor einiger Zeit noch relative Autonomie genossen



haben. Sie kennen vielleicht die Gesetze, die hier erlassen wurden, 2007 anfangend und dann die Bestätigung in der Folge. Wir wünschen uns, wir hoffen, dass die Internationale Gemeinschaft, die EU und Deutschland sich sehr deutlich öffentlich äußern zu dieser Frage, die präventiven Charakter hat. Präventiv insoweit, als dass sie eine problematische Situation, Unruhen, weitere Konflikte in Tibet selbst verhindern können oder bedingen wird, wenn hier nicht der chinesischen Regierung ein Stoppzeichen gesetzt wird. Zu den Fragen der vier Standards: Es gibt in Tibet seither immer wieder eine Reihe von solchen Indoktrinationsprogrammen. Wir kennen das aus der Vergangenheit. Die vier Lieben, die vier Bedeutsamkeiten, die Mönchen und Nonnen nahelegen oder vorschreiben, eben Loyalität gegenüber der Partei, Loyalität gegenüber dem Vaterland, wie es heißt, oder eben auch neuerdings Loyalität gegenüber der Politik und dem Xi Jinping-Thought, also dem Gedanken und der Ideologie Xi Jinpings nahelegen oder von ihnen abfordern. Die Reaktionen der Mönche und Nonnen und der Geistlichen sind aufgrund der Repression, der Überwachung, die stattfindet, recht folgerichtig, nämlich dass hier sich gefügt werden muss in diese Maßnahmen, dass letztlich keine Mittel bestehen, um sich zu wehren, meinetwegen ein Rechtsweg oder sonst eine Möglichkeit, seine Beschwerden vorzubringen, diese existieren schlichtergreifend nicht. Im Ergebnis haben wir auch gesehen in der jüngeren Vergangenheit, dass dann Menschen in Tibet zu sehr drastischen Formen des Protestes gegriffen haben, eben weil sie ganz offensichtlich keinen anderen Weg mehr gesehen haben, um ihren Protest zu artikulieren. Ich erinnere an die Selbstverbrennung in Tibet. Was das Wasser angeht in Tibet: Tibet wird der sogenannte Wasserturm genannt. Asiens zehn große Flüsse entspringen dort, fließen in zehn Länder. 45 Prozent der Weltbevölkerung sind abhängig von diesem Wasser, das in Tibet entspringt. Die chinesische Regierung hat ein großes Interesse an diesem Wasservorkommen, da es natürlich die eigene Bevölkerung auch versorgen kann, Landwirtschaft, eben auch andere Probleme erleichtern kann in der Wirtschaft. Im 13. Fünfjahresplan war vorgesehen, dass bis 2020 die Stromleistung über Staudämme verdreifacht werden sollte, was natürlich zur Folge hat, dass

eine ganze Reihe von Staudämmen und Reservoirs und Umleitungen eingerichtet wurden. Das hat natürlich erhebliche Konsequenzen für die Ökologie, für die Menschen, die dort leben, die da betroffen sind, und natürlich besteht hier auch die Gefahr, dass es hier zu Konflikten innerhalb Asiens kommt, da das natürlich eine geostrategische Bedeutung hat, das Wasser. Die letzte Frage, den Nichtregierungsorganisationen ...

Die Vorsitzende: Da muss ich Sie leider enttäuschen, das werden wir zeitlich nicht mehr schaffen. Vielleicht gibt es später noch eine Möglichkeit. Die vier Minuten sind leider um. Wir gehen weiter zur AfD-Fraktion. Herr Braun, Sie haben zwei Minuten.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Danke schön, Frau Vorsitzende. Die AfD-Fraktion ist sehr angetan von dem, was wir bisher hier von den Experten hören. Das ist ein hohes Niveau und wir haben jetzt auch überwiegend sehr interessante Einzelheiten über die Vielzahl der Menschenrechtsverletzungen erfahren, die in China relevant sind. Meine Fragen gehen an Frau Zhou. Die Kommunistische Partei Chinas, die jetzt seit über 70 Jahren an der Macht ist, diese Kommunistische Partei tut immer so, als ob sie quasi die chinesische Kultur vertrete. Mein Eindruck ist immer, dass der Marxismus-Leninismus ja eher eine sehr fremde Kultur für die Chinesen ist, denn es ist ein deutscher Sozialist und ein russischer Sozialist bzw. Kommunist, der diese Sachen geprägt hat, und das hat man dann auf China übertragen. Wir haben in der Runde mit den Vertretern Taiwans auch darüber gesprochen, dass die chinesische Kultur durchaus anders ist, so wurde es von ihnen auch dargestellt. Wie sehen Sie das? Was ist in den 70 Jahren passiert? Gibt es eine neue chinesische Kultur oder wurde die alte chinesische Kultur durch diese Herrschaft der Kommunistischen Partei zerstört? Das ist die eine Frage. Die andere Frage ist, ob überhaupt die chinesische KP in der Lage ist, sich grundlegend zu reformieren. Diese Hoffnung gibt es ja immer. Oder sind diese grundlegenden Menschenrechtsverletzungen, die immer wieder passieren, ob gegen Buddhisten, gegen Uiguren, gegen Christen, gegen Falun Gong oder gegen



viele, viele Andersdenkende systembedingt?

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank, Frau Zhou dann haben Sie das Wort.

Sve **Lea Zhou:** Vielen Dank für die Frage, Herr Braun. Ich fange erst einmal mit der zweiten Frage an: Reformierbarkeit der Kommunistischen Partei Chinas. Die Kommunistische Partei Chinas hat noch nie die Bereitschaft geäußert, eine politische Reform durchzuführen. 1978 gab es diese Reform- und Eröffnungspolitik. Das war aber eine wirtschaftliche Reform. Viele Leute hatten damals die Hoffnung, dass diese wirtschaftliche Reform sich umwandeln könnte in eine politische Reform. Die Realität ist leider eine andere. Nach 40 Jahren stellen wir fest, dass die kommunistische Führung, jetzt der Parteiführer Xi Jinping, sich entschieden hat, ganz fest weiterhin am marxistischen Weg festzuhalten. Es nennt sich der sozialistische Weg chinesischer Prägung. Chinesische Prägung würde ich jetzt übersetzen als die absolute Gehorsamkeit unter der Führung der KP. Ich würde sagen, ein Wille für eine politische Reform ist nicht sichtbar, kann ich da nicht feststellen. Jetzt zu der Frage der Kultur: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit oder die kulturelle Selbstbestimmung gelten als Drohung für die Partei. Wie Sie gesagt haben: Die kommunistische Kultur, das ist ein fremdes Wesen, fremde Kultur wäre vielleicht schon zu viel. Als die Kommunisten 1949 die Macht ergriffen haben, da haben sie festgestellt, dass sie mit ihrem marxistisch-leninistischen Gedankengut kaum in China Fuß fassen können, wenn die alte Kultur noch besteht, da die traditionelle chinesische Kultur auf den Taoismus beruht, Buddhismus und Konfuzianismus und basiert auf der Beachtung von Tugenden und Werten. Die Kommunistische Partei Chinas propagiert aber, der Mensch könne den Himmel besiegen. Die KP ist immer im Kampfmodus. Von daher hatte die KP eingesehen, sie müssen die Kultur erst einmal zerstören. Von daher hat die KP seit 1949 alle Ressourcen der Nation dafür verwendet, Kultur und Religionen zu zerstören. Tempel wurden abgerissen, Mönche verbannt und ähnliche Dinge. Das nennt sich Sinisierung der Religionen. Das bedeutet, alle Religionsgemeinschaften müssen sich dazu

äußern, dass sie den Anweisungen der Partei folgen werden und auch beweisen, dass sie nützlich sind für den sogenannten sozialistischen Aufbau des Staates. Wer der Partei nicht folgt, wird verfolgt. Das sehen wir auch an dem Beispiel von Falun Gong. Falun Gong galt damals eigentlich als eine Qi-Gong-Schule. Die KP sieht darin eine potentielle Gefahr, gerade weil es bei Falun Gong neben den fünf Übungen noch eine Ausrichtung im Verhalten gibt, eine Ausrichtung im Verhalten auf die Prinzipien Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht. Das steht in vollem Gegensatz zu der KP-Kultur mit Kampfgeist und Intoleranz. In China ist es ja leider so: Wer der Partei nicht folgt, wird ziemlich brutal verfolgt.

Die **Vorsitzende:** Als nächste Fraktion wäre die SPD dran. Ich schaue einmal zu Frau Ortleb: Wollen Sie die Frage stellen oder macht das Herr Schwabe über Polycom? Herr Schwabe, dann haben Sie das Wort, bis zu zwei Minuten.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Ich würd gerne die Frage an Wenzel Michalski nach der Verantwortung deutscher Unternehmen stellen und nochmal danach fragen, inwieweit deutsche Unternehmen denn in Menschenrechtsverletzungen involviert sind? Und wie Sie den Umstand bewerten, dass VW in Xinjiang ein Werk betreibt und mit der Situation umgeht? Und vielleicht ähnlich nochmal im Bereich der Überwachungstechnik, wie weit Sie dort deutsche Unternehmen konkret in der Verantwortung sehen? Und ich will Sie vielleicht auch noch einmal nach dem Thema der Organentnahme fragen, das die eine Sachverständige besonders vorbringt. Inwieweit können Sie solche Vorwürfe, solche Berichte entsprechend nachvollziehen? Inwieweit spielt das möglicherweise auch eine Rolle in den Internierungslagern in Xinjiang?

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Herr Michalski, Sie haben das Wort.

SV **Wenzel Michalski:** Vielen Dank Herr Schwabe. Fangen wir an mit VW. Das war auch kürzlich Thema in den Medien hier. Es ist einfach nicht in



Ordnung, dass die Firma und der CEO dieser Firma so tun, als ob sie davon eigentlich gar nichts wüssten oder auch gar nichts tun könnten. Die Lage in China und in Xinjiang in diesen Firmen kann sehr prekär sein. VW wäre eigentlich in der Pflicht zu untersuchen, inwieweit zum Beispiel Zwangsarbeit auch in ihrem Werk dort in Xinjiang existiert. Dort wird der Santana zusammengebaut, eine Billigvariante des Passat. Das tut VW nicht, und das ist auch ein Appell von uns an Sie, die Herren und Damen Abgeordneten, Druck auf VW auszuüben. Auch ganz unabhängig davon, wie dieser Nationale Aktionsplan für die Sorgfaltspflicht der Unternehmen, wie dieses Gesetz hier in Deutschland ausfallen wird, steht Volkswagen in der Pflicht. Und wir bitten Sie wirklich, Volkswagen daran zu erinnern, zumal auch das Land Niedersachsen dort große Beteiligung an Volkswagen hat. Ich denke, dass da ausgerechnet und gerade Volkswagen eine besondere Verantwortung trägt. Es kann nicht sein, dass ein deutsches Unternehmen in Komplizenschaft steht, wenn es um Zwangsarbeit oder irgendwelche anderen Zwangsmaßnahmen in einem seiner Werke in einer der schlimmsten menschenrechtsverbrecherischen Gegenden der Welt geht. Dann mit der Überwachung: Wir wissen, dass Siemens bei der Firma CETC mitgeholfen hat, die Produktion zu automatisieren. Das ist geschehen, das ist nicht mehr rückgängig zu machen. Aber auch hier dürfen wir nicht wegschauen, wenn deutsche Unternehmen an Firmen beteiligt sind, die maßgeblich an Menschenrechtsvergehen beteiligt sind. Die Firma CETC stellt Überwachungsgerät her, Technologien, mit denen die Menschen unter anderem in Xinjiang, aber auch woanders in China massiv überwacht werden. Zur Organentnahme kann ich leider wenig sagen, da hat Human Rights Watch keine eigenen Recherchen gemacht.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Ich würde für die FDP-Fraktion fragen, und zwar Frau Sauytbody. Sie beschreiben in dem Buch „Die Kronzeugin“, Ihre Tortur und auch die Geschichte Ihrer Flucht. Vielleicht können Sie noch einmal kurz erläutern, wie Ihnen eigentlich die Flucht nach Schweden, nach Skandinavien gelungen ist? Wir haben von den Sachverständigen auch gehört, dass es doch am Ende des Tages erstaunlich ist, wie wenig

eigentlich an Fakten und an Details aus den Lagern von der Situation in Xinjiang nach außen dringt. Vielleicht angespornt durch die China Cables im letzten Jahr gab es ja auch für uns als Abgeordnete die Möglichkeit, sich auf recherchierte Fakten ganz anders zu berufen. Damit verbunden Ihre Einschätzung, wenn das möglich ist: Glauben Sie, dass es auch anderen gelingen wird, aus diesen Lagern zu entkommen, und gibt es weitere Berichte von Menschen, die wieder freigelassen wurden? Bis dato ist das ja sehr, sehr wenig der Fall. Und entsprechend bestehen auch sehr, sehr wenige Berichte. Deswegen sind Sie als Whistleblowerin eine der wichtigen Figuren in der weiteren Bearbeitung und Aufarbeitung dieses Themas.

Sve **Sayragul Sauytbody**: Herzlichen Dank für Ihre Frage. Ich versuche, kurz zu antworten. Bevor ich endlich im März 2018 von den Wachbeamten nach Hause gebracht wurde, galt ich als unbescholten. Plötzlich aber wurde ich wie eine Kriminelle behandelt und einer Gehirnwäsche unterzogen. Warum das Ganze? Es ging um meinen Mann, er war Hochschulabsolvent und arbeitete als Lehrer; er war Parteimitglied. Aus gesundheitlichen Gründen hatte er sich in den vorzeitigen Ruhestand versetzen lassen. Nachdem er mit unseren Kindern nach Kasachstan gezogen war, holte mich die KP-Führung mitten in der Nacht von zu Hause ab und verlangte von mir, dass ich die in Kasachstan wohnenden Familienmitglieder zur Rückkehr nach China überreden solle. Das habe ich verweigert, und das ist der Grund, warum ich als Kriminelle eingeordnet wurde und zu drei Jahren Haft im Konzentrationslager verurteilt wurde. Da ich durch meine Erfahrung als Lehrerin im Lager über die dortige Situation relativ viel wusste, blieb mir nur die Flucht nach Kasachstan. Sonst wäre ich wieder inhaftiert worden, diesmal als Gefangene und hätte das Lager nicht mehr lebendig verlassen. Deswegen habe ich die damit verbundenen enormen Gefahren der Flucht auf mich genommen. Obwohl mein Mann und meine beiden Kinder inzwischen kasachische Staatsbürger waren, hatte aber die kasachische Regierung meinen Antrag auf politisches Asyl abgelehnt und mir kein Asyl gewährt, sondern stattdessen die Abschiebung nach China angedroht. Erst durch Vermittlung der Vereinten



Nationen hat Schweden sich bereit erklärt, unsere ganze Familie aufzunehmen. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass die KP-Regierung alles daran setzt, um alle Informationen aus Ostturkestan zu unterdrücken, damit die Außenwelt nichts erfährt. Die beiden Gesichter, die die KP Chinas nach außen und nach innen zeigt, sind völlig verschieden. Es ist ein System mit zwei völlig unterschiedlichen Facetten. Da die KP Chinas alle Informationen abschirmt, kann das, was drinnen in Ostturkestan passiert, nur von Augenzeugen berichtet werden, und niemand sonst kann darüber Auskunft geben, weil niemand etwas erfährt. Viele muslimische Einheimische sind von der KP Chinas schon einer derartig heftigen Gehirnwäsche unterzogen worden, dass sie heute wie Roboter sprechen. Was die KP predigt, geben sie ohne Nachdenken weiter. Für all die Dinge, die im Inneren unserer Heimat passieren, werden Ausländer als Aufrührer verantwortlich gemacht. Das einfache Volk glaubt diesen Geschichten, die die KP erzählt, weil diese Menschen von der Welt noch nichts anderes gesehen haben. Auch die Medien sind nur Augen und Ohren der KP Chinas. Da die Medien nur berichten, was die KP Chinas vorgibt, erfährt die Außenwelt nichts von den Schandtaten der KP Chinas.*

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank für die Schilderungen. Wir kommen zur Fraktion DIE LINKE. Die Frage stellt Michel Brandt.

Abg. **Michel Brandt** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Leutner. Ich versuche es relativ kurz zu machen in Anbetracht der Zeit, aber vielleicht zwei Punkte. Zum einen haben Sie beschrieben in Ihrer Stellungnahme, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und China sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert haben. Die Frage ist: Wie kann man in Anbetracht dessen tatsächlich wirksam auf die Menschenrechtsverbrechen eingehen, die es ja tatsächlich in China einfach gibt? Wie können wir dort wirksam dazu beitragen – das schließt vielleicht auch ein bisschen an die Frage von Herrn Schwabe vorhin an –, dass sich die Menschenrechtslage für die Menschen dort vor Ort tatsächlich auch verbessert? Und wie kriegen wir eine glaubhafte Debatte hin, die wekommt von – und ich glaube das ist ja auch, was Sie der

Bundesregierung mit auf dem Weg geben oder auch vorwerfen – von einer strategischen, auch geostrategischen Debatte und klassischen Feindbildern, die aufgebaut werden, hin zu einem Dialog, der sich tatsächlich darauf bezieht, wie man die Situation für die Menschen vor Ort verbessern kann?

Sve Prof. Dr. Dr. h.c. **Mechthild Leutner**: Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wollen wir hier sozusagen am China-Bashing teilnehmen und China weiter als Feind konstruieren oder schauen wir nach Möglichkeiten, wie dieses Verhältnis auch im Sinne der Menschen in China und zur Verbesserung der Menschenrechte in China verbessert werden kann. Das erste, was ich denke, ist, dass wir ein ganz fundiertes Wissen zu Menschenrechtsverletzungen generieren müssen. Wir können uns nicht auf Einzelbeispiele und auf ein bestimmtes Framing von Dingen konzentrieren, sondern wir müssen selbst unsere Fakten sichern. Und es geht natürlich um den ganz komplexen Kontext, in dem sich bestimmte Entwicklungen abspielen, die wir sozusagen als Problem zwischen Tradition und Moderne oder als Verletzung der individuellen Menschenrechte begreifen gegenüber dem, wie es China sieht nämlich Sicherung kollektiver Menschenrechte. Wir müssen diesen Kontext haben. Wir müssen innerhalb dieses Kontextes eine Faktensicherung vornehmen, damit wir selbst in Deutschland für uns eine eigene Deutungskompetenz entwickeln und nicht abhängig sind von Studien, von Think Tanks, die eben ganz andere Interessen haben und Institutionen, hinter denen eben auch beispielsweise ganz starke evangelikale Ziele stehen, die China als das Böse an sich deklarieren. Mit so einer Grundlage wäre es eben wichtig, überhaupt den Dialog wieder anzukurbeln, dass man beispielsweise auch einen interparlamentarischen Dialog zum globalen Problem der Extremismusbekämpfung hat. Das ist ja der Hintergrund für Xinjian zumindest, und dass man hier versucht, in einem kontinuierlichen Austausch auch die schwierige Frage der Sicherung von Menschenrechten zu diskutieren. Man sollte auch versuchen, vor Ort selbst Erhebungen zu führen, um sich ein Bild zu machen, was tatsächlich Fakten sind und was Fiktion. Natürlich müssten die bestehenden Dialogforen zum Rechtsstaat- und



Menschenrechtsdialog, die ein wenig eingeschlafen sind oder zurückgefahren worden sind, tatsächlich ausgebaut werden, damit überhaupt wieder eine Grundlage geschaffen wird, diese Menschenrechtsfragen auch anzusprechen. Denn das hat sich in der letzten Zeit gezeigt: Es geht nicht wie bei einem Fußballspiel – Angriff der einen und Verteidigung der anderen Seite, wieder Angriff und hinterher ist ein Sieger da – das geht international nicht. So können wir nicht arbeiten, sondern letzten Endes muss es darum gehen, in einem interkulturellen Gespräch und Dialog Möglichkeiten der Lösung zu finden. Sonst haben wir nachher eine Verhärtungsspirale. Schon jetzt beobachten wir, dass es sehr, sehr schwierig ist, neue Kooperationen zu starten oder bestehende fortzuführen, weil in diesem China-Bashing nicht nur die Kooperationen diskreditiert werden, sondern auch diejenigen in Deutschland, aber natürlich auch von chinesischer Seite, die inzwischen große Probleme haben. Das entwickelt sich dann zu einer Konfliktschneise und kann sich natürlich noch weiter entwickeln. Ich meine, wir haben bereits eine indopazifische Strategie, bei der die Gefahr besteht, dass es zu einer Destabilisierung in der Region führt. Auch hier denke ich, müssen wir eigentlich entgegenwirken durch Verstärkung des Dialogs. Je mehr wir sozusagen China als Feind Nummer Eins konstruieren, umso mehr wird die chinesische Seite in eine Verteidigungsposition, in eine Verhärtung geraten und umso weniger können wir letzten Endes für die Menschenrechte in China etwas tun.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Für die Grünen fragt Frau Bause.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Vielleicht bevor meine Frage an Frau Professor Pils geht, eine kurze Anmerkung zu Ihnen, Frau Leutner. Sie haben gesagt, es wäre wichtig, sich selbst vor Ort ein Bild machen zu können. Genau das wird unabhängigen Kommissionen untersagt, genau das wird dem Menschenrechtsausschuss dieses Hauses untersagt. Wir bekommen keinerlei Einreiseerlaubnis, keinerlei Visa. Es gibt keine unabhängigen Journalisten, die sich vor Ort

sozusagen unabhängig ein Bild machen können. Also das was Sie hier einfordern – es wäre gut, wenn Sie das auch an geeigneter Stelle deutlich machen können. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es genau diese Möglichkeit eben leider nicht gibt. Aber meine Fragen gehen an Frau Professor Pils. Sie haben von der Situation der Menschenrechtsverteidiger in China gesprochen und da wollte ich Sie fragen, ob es aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer wissenschaftlichen Expertise heraus überhaupt noch möglich ist, in China selbst Widerstand zu leisten als Menschenrechtsverteidiger oder geht es nurmehr aus dem Exil heraus? Die zweite Frage: Menschenrechtsverteidiger im Exil. Welche Informationen haben Sie zum sogenannten langen Arm Chinas? Welche Art von Bedrohung, auch im Ausland, gibt es von Menschen, denen zum Beispiel die Flucht gelungen ist, die über die Situation berichten oder die sich auch hier vor Ort für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen in China einsetzen? Dann hatten wir mehrfach jetzt schon zu den Menschenrechtsdialogformaten gesprochen. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, dass das eigentlich eine Einrichtung aus den Zeiten einer vorsichtigen Öffnung Chinas war, dass man eben im Westen diese Dialogformate eingerichtet hat. Nun wissen wir, dass spätestens mit Xi Jinping diese Öffnung längst beendet ist. Machen denn dann diese Formate aus Ihrer Sicht überhaupt noch Sinn? Und letzte Frage zur UN-Ebene, zur Ebene des Völkerrechts: Wir erleben hier auch den Versuch der chinesischen Seite, die Idee der Menschenrechte insgesamt zu untergraben und zu verändern. Wie kann denn aus Ihrer Sicht Deutschland gegen solche Unterwanderungsversuche des Völkerrechts besser vorgehen und waren diese Versuche bisher erfolgreich?

Die **Vorsitzende**: Frau Pils, Sie haben das Wort.

Sve **Eva Pils**: Vielen Dank für die Fragen. Wenn ich ganz kurz noch einmal auf die Anmerkungen von Frau Professor Leutner eingehen darf. Ich würde sagen, dass die Idee, dass klare Kritik an Chinas Menschenrechtsverletzungen zum Aufbau eines Feindbilds beiträgt, auf der falschen Annahme beruht, dass die Kritik an Menschenrechtsverletzungen sich gegen das Land



als Ganzes richtet. Es ist aber sehr wichtig zwischen Regierung und Gesellschaft und insbesondere natürlich Regierung und Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigern zu differenzieren. In Beantwortung der Fragen von Frau Bause ist es aus meiner Sicht eben auch wichtig zu sehen, dass es trotz der extrem schwierigen Bedingungen weiterhin Menschenrechtsverteidigern möglich ist, Kritik zu üben, Solidarität zu zeigen, wenn Menschenrechtsverteidiger verfolgt werden. Beispiele dafür gab es in den letzten Monaten im Rahmen der Kritik an einigen der Maßnahmen, die die Regierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus getroffen hat und insbesondere auch an der Verfolgung der Kritiker der Coronavirus-Politik der Regierung, zum Beispiel Dr. Xi Zhiyong, ein langjähriger Menschenrechtsverteidiger, ein Jurist, ein Anwalt dessen Kritik leider zu seiner zweiten Verhaftung geführt hat, die aber ihrerseits dann sehr viel weiteren Widerstand und weitere Unterstützung, auch seitens der inländischen Menschenrechtsverteidiger zur Folge gehabt hat, das heißt, es gibt Widerstand, und es ist aus meiner Sicht sehr wichtig, dass man das klar erkennt und auch versucht, im Dialog mit den Menschenrechtsverteidigern zu bleiben. Was die Situation der Menschenrechtsverteidiger im Exil und den langen Arm betrifft, ist es sicher so, dass erhebliche Versuche der Verfolgung und Kontrolle stattfinden. Ich würde das Beispiel von Dr. Teng Biao, der derzeit in den Vereinigten Staaten lebt, nennen. Ein Menschenrechtsverteidiger, der zu den wenigen gehört, die sich auch sehr klar und deutlich für die Situation ihrer uigurischen Kollegen, wie zum Beispiel Prof. Ilham Tohti, eingesetzt haben und der berichtet, dass er Todesdrohungen bekommt, auch im Exil. Eine weitere Methode der Verfolgung des langen Arms sind natürlich die Drohungen gegen die noch in China befindliche Familie. Und davon berichten ja auch sehr viele der uigurischen Exilanten, die versuchen sich einzusetzen, und zum Beispiel mit ihrer eigenen Erfahrung oder der Erfahrung von Familienmitgliedern an die Öffentlichkeit gehen. In Bezug auf das Dialogformat muss ich sagen, dass ich recht skeptisch bin. Ich denke, dass im Grunde genommen dieses Format ein Überbleibsel der Reform- und Öffnungsära ist, also eigentlich nicht mehr sehr gut funktioniert im Umgang mit

einem Parteistaat, der immer selbstbewusster sich als Alternative zur liberalen Demokratie darstellt und natürlich auch den Anspruch sich selbst gestellt hat, auf die Regeln des Völkerrechtes Einfluss zu nehmen und eben immer dezidiert Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in China zurückweist. Diese Dialogform, dieses Format des Dialoges zwischen Regierungen, ist letztlich eigentlich auch das, was China selbst anstrebt unter Ausschluss der Zivilgesellschaftskritik. Was nun allerdings die Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung des Menschenrechtsdialoges betrifft, würde ich sagen, es kommt letztlich natürlich auch darauf an, wie man diesen Dialog institutionalisiert und zum Beispiel, ob man bereit ist, den Dialog zu suspendieren, wenn es zu unangemessenen Manipulationsversuchen auf der chinesischen Seite kommt in Bezug auf Themen oder Teilnehmer. Und diese Bereitschaft, den Dialog auch auf der demokratischen Seite für die Förderung von Menschenrechtsanliegen einzusetzen, ist aus meiner Sicht sehr, sehr wichtig. In meiner eigenen Erfahrung als Akademikerin, die zu Menschenrechten in China seit Jahren arbeitet, muss ich sagen, dass die Menschenrechtsdialoge stattfinden und ihre Ergebnisse so gut wie keine Rolle spielen. Das heißt, ich denke es geht darum, dass man andere Foren findet und diese nutzt, um Menschenrechte in China zu unterstützen. Was die UN betrifft, denke ich, eine Möglichkeit, die Menschenrechte zu unterstützen auf dieser Ebene, wäre zum Beispiel eine klare Unterstützung für die Forderung nach einem dauerhaften UN-Mandat zur Lage der Menschenrechte in China.

Die **Vorsitzende:** Ganz herzlichen Dank für die Ausführung, auch die Vorschläge zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind leider schon am Ende der Zeit die uns bleibt, um die Anhörung hier durchzuführen, da parallel das Plenum weitergeht. Ich möchte mich herzlich bei den Sachverständigen bedanken, auch für Ihre Geduld in der Polycom-Konferenz, nachdem dieser Tag doch anders verlaufen ist, als wir ihn ursprünglich geplant haben. Ich glaube, was wir heute gelernt haben und nochmal von der Mehrheit der Sachverständigen bestätigt bekommen haben, ist, dass die Volksrepublik über die letzten Monate, vor allem auch seit



Bekanntwerden der China Cables, systematisch die Menschenrechtssituation im Land verschärft hat. Wir haben gehört, in welche Bereiche das wirkt: Von Kultur über Religion, aber auch Bildung, Rechtsstaat, von Tibet über Hongkong und Xinjiang. Und dieser Ausschuss, und da sind sich, glaube ich, auch die überwiegende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen einig, wird weiterhin zu den Menschenrechten in China auch öffentlich Stellung beziehen und auch weiterhin daran arbeiten, dass es Möglichkeiten gibt, auch im Austausch mit der chinesischen Botschaft zu sein. Aber darüber hinaus muss es uns gestattet sein, als freie Parlamentarier Kritik zu üben, denn wir haben festgestellt, dass es keinen Unterschied macht, ob wir freundliche Einladungen

ausprechen oder ob wir kritisch mit der Kommunistischen Partei ins Gericht gehen. Ich bedanke mich für die Stellungnahmen und auch für die Beiträge der Kolleginnen und Kollegen und schließe leider schon diese Anhörung. Wir werden aber auf jeden Fall mit Ihnen allen weiter in Kontakt bleiben. Einen schönen Abend noch.

** Die Wortbeiträge wurden vom Sprachendienst des Deutschen Bundestages aus dem Chinesischen übersetzt.*



Schluss der Sitzung: 17:05 Uhr

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende